

Minister sieht im Neubau ein landesweites Vorzeigemodell

Michael Groschek bei der Einweihung des neuen Wohnhauses mit dem Namen „Leben und Wohnen im Quartier“

VON MAREN MENKE

VELBERT. Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW, weihte gestern gemeinsam mit Margit Benemann, Geschäftsführerin von Pro Mobil, und Ivo Simic, Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Velbert, das neue Wohnhaus mit dem Namen „Leben und Wohnen im Quartier“ für Menschen mit Behinderung ein.

„Hier wird jetzt das praktisch vollzogen, wovon anderswo nur theoretisch

gesprochen wird“, so der Minister, der den Neubau als landesweites Vorzeigemodell betrachtet. „Wir sehen hier ein gelungenes Zusammenspiel von Inklusion, modernem Holzbau, Barrierefreiheit und guter Raumaufteilung.“ Nicht unerwähnt ließ er außerdem das große Engagement aller Beteiligten, die dieses Projekt möglich machten. „Sie sind diejenigen, die hier direkt vor Ort in nachbarschaftlichem Umfeld das Bedürfnis nach sozialer Geborgenheit stillen“, so Groschek, der sich im Anschluss alle Räumlichkeiten genau anschaute.



Schauten sich gemeinsam das neue Wohnhaus an: Emil Weise (von links), stellvertretender Bürgermeister, Margit Benemann, Pro-Mobil-Geschäftsführerin, Ivo Simic, Vorsitzender des Integrationsrates, Michael Groschek, NRW-Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, sowie Pro Mobil-Vorstandsmitglied Claus Leuchtenmüller. Foto: Menke

Bereits seit Anfang Februar steht das Haus 17 Menschen mit Behinderung zur Verfügung. Neben einer teilstationären Wohngemeinschaft im Erdgeschoss gibt es eine ambulant unterstützte Gruppenwohnung mit sechs Apartments sowie fünf Einzelwohnungen. Dabei liegt der besondere Fokus auf den Bewegungseinschränkungen der Bewohner. So verbindet ein Fahrstuhl alle Wohnebenen, es gibt Abstellflächen für Rollstühle, automatisch öffnende Schiebetüren sowie eine moderne Ruffunk-Anlage.

Nach langer Planung, der

Errichtung des Neubaus und dem Einzug der Bewohner zeigt sich die Pro-Mobil-Geschäftsführerin überzeugt: „Entsprechend dem Inklusionsgedanken ist dies ein Projekt, das ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft ermöglicht.“

Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 2,7-Millionen Euro. „1,2 Millionen Euro sind Fördermittel vom Ministerium Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, weitere Fördermittel haben wir durch die Aktion Mensch und die Stiftung Wohlfahrtspflege erhalten“, so Benemann.